

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

218 (19.9.1921)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.60 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Bayern und das Reich

#### Verhandlungen zwischen Berlin und München — Berliner Antwort auf die Erklärungen Oswalds

München, 17. Sept. Wie die „B. Z.“ erfährt, sind in den letzten Tagen führende oder wenigstens einflussreiche bayerische Politiker wieder in Berlin gewesen, um dort die Sachlage zu besprechen und zu einer Verständigung zu gelangen. Ob dies möglich sein wird, muß man abwarten. Inzwischen kann aus der Tatsache, daß zwischen München und Berlin die Verbindung nicht abgebrochen ist, sondern wieder aufs neue angeknüpft wurde, geschlossen werden, daß die Lage nicht so hoffnungslos ist, wie dies auf den ersten Blick den Anschein haben könnte.

München, 18. Sept. Amtlich wird zu den Erklärungen des bayerischen Ministers Oswald mitgeteilt:

Der Minister Oswald spricht davon, daß der Berliner „Magen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht sehne und dieses dem Berliner „Magen“ einverleiben wolle. Berlin werde in diesem Bestreben von einer „Außerdeutschen Stelle“ unterstützt. Der Grund zu diesem Vorhaben des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Staats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Oswald fordert selbst den Reichsfiskus zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit. Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt. Diese würden auch der Auffassung des Reichsfiskus in keiner Weise entsprechen. Die Gerüchte, die der Herr Minister Oswald vorzeitig weitergegeben hat, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt worden, um die Reichsregierung zu diskreditieren. Auch an einer anderen Stelle seiner Rede hat Minister Oswald davon gesprochen, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe. Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner hat Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verfassung“, Finanz- und Geesehshohheit verhandelt“. Die Abgrenzung der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich ist in der Weimarer Verfassung festgelegt. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen der verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Man kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akt der Reichsregierung, geschweige von einer Verschönerung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil. Bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich ist, wie jedem in den Gang der damaligen Verhandlungen eingeweihten bekannt ist, auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.

Ferner hat Minister Oswald mit Bezug auf das Abkommen von Spa die Behauptung aufgestellt, dort seien die bayerischen Einwohnerverhältnisse von der Reichsregierung verschätzt und den Bayern die Entschädigung auf den Hals geschickt worden. Es ist jedem bekannt, daß die Annahme des Abkommens von Spa unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist. Wie man auf ein solches Abkommen den von Minister Oswald gebrauchten Ausdruck anwenden kann, ist unerfindlich.

Die neueste Auseinandersetzung zwischen Reich und Bayern wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 hat Minister Oswald dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den starken Mann spielen wolle. Die Reichsregierung glaubt durch ihr Verhalten ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen genügend darzulegen zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg zur Verständigung zu beschreiten gewillt ist.

#### Zur Kabinettsbildung in Bayern

München, 17. Sept. Der Vorsitzende der bayerischen Volks-

#### Sozialdemokratischer Parteitag

(Vorbericht.)

Görlitz, 18. Sept.

Am Samstagabend wurde der sozialdemokratische Parteitag im großen Saal der Stadthalle zu Görlitz in feierlicher Weise eröffnet. Vor dem Gebäude waren die roten Fahnen der Internationale und die schwarz-rot-goldenen der Republik aufgezogen. Da der Parteiausfluß, die oberste Zentralinstanz der sozialdemokratischen Partei bereits am Samstag eine Sitzung zur Vorbereitung des Parteitages abgehalten hatte, fehlte von den prominenten Führern kaum ein einziger. Man sah den Parteivorsitzenden Wels, den ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller, Oberbürgermeister Schmidmann, den Thüringer Ministerpräsidenten Brauns, die ehemaligen Reichsminister Braun, Wiffel und Severing, den Reichstagsabgeordneten Böbe, den sächsischen Ministerpräsidenten Bud.

Der Nestor der Görlitzer Sozialdemokratie, der 78jährige Keller, begrüßte den Parteitag in seiner Heimat.

Darauf erhielt Hermann Müller das Wort zu seiner Eröffnungsansprache. Er wies einleitend auf den Jahresberichtsbericht der Metallarbeiter hin zum Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie immer noch die Partei der Massen ist. Er streifte die bevorstehende Parteiprogrammdebatte. Das neue Programm müßte die alten sozialistischen Anschauungen rein erhalten. Das Ziel sei allerdings noch weit entfernt, wegen der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterkraft. (Zustimmung.) Unter den gegebenen Verhältnissen werde man in der Koalition richtig arbeiten müssen. In ihr würden sich die Weltanschauungen allerdings nur noch in Projekten aus. Was zur Kräftigung der

Partei held weist noch immer in Verchtsagen bei dem sich in Demission befindlichen Ministerpräsidenten Dr. von Raahr, um mit ihm über die Wiederübernahme der Regierung zu verhandeln. Inzwischen sind aber die Bedingungen bekannt geworden, die von der Bayerischen Volkspartei in Verbindung mit dem Angebot an Raahr gestellt worden sind. Die eine Bedingung ist die, daß Raahr eine gewisse Abgrenzung nach rechts vornehmen müsse, d. h. eine Wiederkehr des Justizministers Roth dürfe nicht in Frage kommen. Die andere Bedingung ist die einer Zustimmung zu dem Kompromißbeschlusse des Landtagsausschusses bezüglich der Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes und der Verordnung des Reichspräsidenten. In diesen Punkten wäre vielleicht eine Wiederverständigung zwischen der Volkspartei und Herrn v. Raahr noch möglich. Aber wie heute morgen aus München bekannt geworden ist, kann Raahr in der Personenfrage nicht nachgeben und sich nicht von Roth trennen, da er sich in rechtswidrigen Kreisen in dem Sinne festgelegt hat, daß er nur mit voll verändertem Kabinett die Regierung wieder übernehmen würde. Auf Grund dieser Annahmen sind auch die zahlreichen rechtswidrigen Kundgebungen für v. Raahrs Wiederkehr erfolgt.

#### Neues Zeitungsverbot

München, 17. Sept. Auf Verfügung des Ministeriums des Innern ist der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ neuerdings verboten worden.

#### Anträge der bayerischen Volkspartei

Wie die Blätter melden, hat die bayerische Volkspartei im Landtag zwei Anträge eingebracht. Der erste fordert, einen Staatspräsidenten an die Spitze der Staatsregierung zu stellen, der im Rahmen der Reichsverfassung und der bayerischen Verfassung Bayern nach außen hin vertreten soll und dem Landtag die Vorschlagslisten der Minister zu unterbreiten hat. Der zweite will durch einen Antrag im Reichstag, die dem Reichspräsidenten vorliegenden Nachbepflichten dahin beschränken, daß sie in kein Fall die Befugnisse des Reichspräsidenten betreffen und daß insbesondere der Befehl eines vom Reichspräsidenten beschlossenen Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt.

#### Eine Entschuldigung der preußischen Regierung

Berlin, 17. Sept. Die preußische Staatsregierung veröffentlicht folgende Erklärung:

In der von dem Herrn Reichskanzler am 15. September im Ausschuss des Reichstages verlesenen Niederschrift, die der preußische Staatsminister für öffentliche Ordnung dem Herrn Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatsminister veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben im Mai 1920 und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preußische Staatsminister für öffentliche Ordnung seit Bestehen der Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wurde und von diesen Aufträge empfing. Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem erst im Entstehen begriffen. Das preußische Staatsministerium hat von dem durch seinen Staatsminister angeforderten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Herrn Reichskanzler im Reichstagsausschuß Kenntnis erhalten.

Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines solchen Organs in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden wäre. Es bedauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis derartiger Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

demokratischen Republik zu leisten sei, habe sich in den letzten Wochen gezeigt. Die Mörder Erzbergers seien die besten, die im Krieg Gefangene mißhandelt und Deutschland in Mißkredit gebracht haben. Der Mord sei vorbereitet durch die deutschnationale Hetze der letzten Tage. Die meisten Gegner hat Erzberger wegen seiner Sienerreform bekommen. Sieht man in München die Frechheit, zu erklären: „Wir werden der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht reißen, die stets den politischen Mord gepredigt hat.“ Die Geschichte der Sozialdemokratie zeige aber das Gegenteil. In der Erzbergerfrage würden auch die Mörder Erzbergers zu finden sein; diese Vanden müßten unschädlich gemacht werden. Diesen Mordbuben das Handwerk zu legen, sei Deutschland seinem Ruf im Ausland schuldig. Zur Demokratisierung müsse namentlich auf den Nachwuchs geachtet werden. Die deutschnationalen Jünglinge eigneten sich nicht zu Beamten der Republik. Der Weg in die preußische Regierung müsse für die Sozialdemokratie gefunden werden. Der kommende Winter würde die Partei ständig in Alarmbereitschaft finden gegen die Rechtsputzisten. Drohe doch der Landtag bereits mit dem Beseitigungsgesetz. Diese Besten in Menschengestalt, die die Säuglinge der Städte opfern wollen, seien nichts Besseres als die Mörder Erzbergers. Der Beseitigungsgesetz bedeutet den Bürgerkrieg. Arbeiter würden wahrscheinlich bei den deutschnationalen Spöttern Panzerwürden haben. Es sei höchste Zeit, daß Deutschland sein gutes Recht in Oberbächen werde und daß die rechtswidrigen Sanktionen beseitigt werden. In der Steuerpolitik rächen sich die Niedertagen am deutschen Volk. Der Opfertrag für den Kapitalismus sei gekommen. Die Sozialdemokratie sei die Vorhut der Republik; zu diesem Streit müßten sich die Arbeiter be: ihr wider bereuen zum Schutze des schwergeprüften Vaterlandes. — Zu Vorlesenden werden Wels und Raubadel (Görlitz) gewählt.

Wels begrüßte die erschienenen Ausländer, wobei er betonte, daß die Trennungsmauern, die der Krieg errichtet habe, nunmehr schwinden. Erschienen sind aus Schweden Gustaf Müller, aus Dänemark Stauning, aus Holland Lippold, aus Belgien de Broquere, aus der Tschechoslowakei Nemes-Prag, aus Ungarn, Buchinger, aus Georgien Tschidze, der vor den Bolschewiken flüchten mußte. Wels kritisierte aus diesem Anlaß scharf das Vorgehen der Bolschewiken und gezeichnete drahtische Bilder aus den bolschewistischen Kreisen in Georgien, wo die Arbeiter einem Luchsausregiment unterworfen seien. Gut hätten es in Georgien nur Spekulanten, Schieber und Ganner.

Der Präsident Ebert ist selbst nicht erschienen. Er hat ein Begrüßungsgramm geschickt. Auch aus Danzig ist ein Vertreter erschienen. Es wird beschlossen, das Programm nach einer kurzen Begründung durch Mollathur einem Ausschuss von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Es folgten dann die Begrüßungsansprachen der auswärtigen Gäste. Der Abend war durch ein musikalisches Programm geziert.

#### Beratung der Parteifinanzien

Am Sonnabend traten in Görlitz Parteivorstand, Parteiausfluß und Kontrollkommission zusammen, um in gemeinsamer Beratung die Arbeiten des Parteitages vorzubereiten. Zunächst wurde der am 1. September erfolgte Wiedereintritt des früheren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun in den Parteivorstand einmütig begrüßt. Die Tagesordnung des Parteitages soll möglichst nicht erweitert werden, weil die Verhandlung schon sehr belastet ist. Doch dürfte vorgeschlagen werden, daß beim Bericht der Reichstagsfraktion, den bekanntlich Gog erlatet, zwei Fragen ausgeschieden werden und vor der allgemeinen Debatte erörtert werden, nämlich die Steuerfrage, zu der einleitend Artikel-Stuttgart sprechen dürfte, und die neue Teuerungswelle, über die Georg Schmidt vom Landarbeiterverband einleitend referieren wird. Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung und der Reichstagsfraktion wird voraussichtlich nicht beim Bericht der Reichstagsfraktion behandelt werden, weil ja auch die Koalitionen in den einzelnen Ländern nicht zur Debatte stehen, sondern beim Bericht des Parteivorstandes, den Franz Krüger erlaten wird. Im übrigen soll dem Parteitag vorgeschlagen werden, eine vollständige Umstellung der Tagesordnung vorzunehmen und die Erörterung des neuen Parteiprogramms an die Spitze zu stellen, damit, falls der Parteitag aus seiner Mitte eine neue Programm-Kommission wählen will, diese Kommission dem Parteitag noch Bericht erlaten kann. Als Vorsitzende des Parteitages werden Wels und Raubadel vorgeschlagen werden.

#### Die sozialdemokratische Reichsfrauentagung

Am Samstag trat als Vortagung zum sozialdemokratischen Parteitag die sozialdemokratische Reichsfrauentagung zusammen, die zu ihrer Vorsitzenden Frau Estlie Kader wählte. In den Vorstand wurden außerdem gewählt: Frau Marie Juchacz, Frau Kante-Koltowik, Frau Schöder-Allona, als Schriftführerinnen Frau Johanna Tsch-Kranfurt a. M., Sankt-Nöln, Hilda Müller und Luise Köhler in Berlin.

Das einleitende Referat zu dem Beratungsgegenstand der diesjährigen sozialdemokratischen Reichsfrauentagung: „Tätigkeit der Frauen in der Gemeinde“ hält der Berliner Stadtrat Wukli, der am Schluß seiner Ausführungen folgende Thesen vorlegte:

1. In der revolutionären Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheiten der Männer und Frauen ausgesprochen, die für die Eroberung der politischen Macht der Demokratie unerlässliche Voraussetzungen sind. Da zur Erlangung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Stadt und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung und Vielgestaltigkeit den Aufgaben der Kommunalwirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflusst, ist es insbesondere von großem Wert, daß die proletarischen Frauen in der Gemeindeverwaltung den Platz einnehmen, der ihnen als Hausfrau zukommt. Der entscheidende Einfluß der Frau ist in der Gemeinbewirtschaft schlechthin unentbehrlich. Ihre Mitarbeit in allen Gemeindevertretungen, Verwaltungsabteilungen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefordert werden.

Als zweite Vortragsreferentin auf der sozialdemokratischen Reichsfrauentagung spricht Frau Schöfer über die soziale Frauenausbildung in der Gemeinde. (Nächster Bericht folgt.)

#### Auslieferung der deutschen Flugfahrzeuge

Paris, 19. Sept. Reuter meldet: Die Entschädigungskommission veröffentlicht eine Note über die Auslieferung der deutschen Flugfahrzeuge an die Alliierten. Die vorläufige Flugfahrtskommission, die zur Zeit in Kairo ihren Sitz hat, hat mit der Untersuchung der von Deutschland angebotenen Fahrzeuge begonnen.

#### Die neuen Steuern

Berlin, 19. Sept. Der Reichsrat nahm am Samstag die Verfassung der Leuchtstoffsteuer, die Verdoppelung der Hundwarensteuer, sowie der Mineralwassersteuer an. Die Verfassung der Biersteuer wurde gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Ferner wurde angenommen die Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Proz. des Verkaufswertes. Die erhöhte Zafahrsteuer soll am 1. April 1922 in Kraft treten. Der Reichsrat lehnte jedoch die Erhöhung für Zigaretten ab und ermäßigte die Zölle für Weizenmehl.

Der Friedensvertrag mit Amerika wurde genehmigt, doch erklärte ein bayerischer Vertreter, seine Regierung nehme an, daß mit dem Vertrag nicht das Verfallene Bekenntnis der deutschen Kriegsschuld erneuert werden soll.

Die Straßfahnde

Die Straßfahnde

### Republikanische Propaganda

Von Adolf Rüter

Die deutsche Republik ist wahrhaftig kein Scherenspieler für diejenigen, die sie von rechts bekämpfen. Sie ist die mildeste Form politischer Herrschaft für alle Reaktionen, die auf sie schimpfen. Sie ist langmütig und freundlich. Sie eifert nicht. Sie treibt nicht Mutwillen. Sie blähet sich nicht. Sie läßt sich nicht erbittern. Sie rechnet das Böse nicht zu. Sie verdrägt alles. Sie glaubet alles. Sie hoffet alles. Sie duldet alles. Dies hohe Lied, das jener alte geniale, jüdische Weiseprediger aus Tarjus in dem ersten der Briefe an seine korinthischen Gesinnungsgenossen von der christlichen Liebe sang, das fällt einem ein, wenn man sieht, was sich die deutsche Republik in zwei Jahren von ihren innerpolitischen Gegnern hat bieten lassen — und wie sie darauf reagiert hat.

Das kaiserliche Deutschland hatte keine spezielle Propaganda nötig. Sein ganzer Verwaltungsapparat war ein einziger Propagandaapparat für den Monarchismus. In Schule und Universität, in Kirche und Theater trieb darüber hinaus das kaiserliche Deutschland eine erbüdete monarchistische Propaganda, die jedes ernsthafte Aufkommen republikanischer Gedankengänge unmöglich machte. An diese mit öffentlichen Mitteln unterhaltene und alle Zweige öffentlicher Tätigkeit umfassende monarchistische Propaganda wollen wir denken, wenn die Reaktion von heute wieder einmal eine öffentliche republikanische Propaganda als etwas Unerhörtes darstellen will. Und an diesen schamlosen Gewissensdruck, der Tausende von Existenzen vernichtet, Hunderttausende von Gewissen zur Geisel erzogen hat, wollen wir uns erinnern, wenn heutzutage jeder reaktionäre Schreiber auf Grund einer Verfassung, die er täglich dreimal selber bespuckt, die Freiheit fordert, täglich viermal die Republik und ihre Männer mit Dred zu bewerfen.

Wenn von Ledebur bis Campe das deutsche Volk davon überzeugt ist, daß die Republik heute eine innere Notwendigkeit darstellt, dann ist Werbearbeit für die Republik heute wichtige, staatsbürgerliche Arbeit — eine Arbeit, die die Regierung selber in die Hand zu nehmen hat. Was aber hat die Regierung bisher getan, um den Abbau des monarchistischen Geistes zu beschleunigen und der neuen Form unseres staatlichen Daseins in der Seele des Volkes, im Gemüt der Jugend, in den Augen des Auslandes Eingang und Geltung zu verschaffen? Vor mir liegt das Lebuch meines Sohnes — ein Lebuch der Republik aus dem Jahre 1921. Ganze zwei monarchistische Skizzen sind seit dem Zusammenbruch aus dem Buche gestrichen. „Sie müßten“, wie der Herausgeber sich ausdrückt, „den Zeitverhältnissen entsprechend, gestrichen werden“. 17 andere, welche das Hohenzollerndhaus nach 1870 behandeln, sind stehen geblieben. In einigen Wochen ist die Republik drei Jahre alt. Warum ist so gut wie nichts auf diesem Gebiete geschehen? Millionen vermagt das Reichsministerium des Innern jährlich für die Technische Nothilfe. Wir unterstützen Messen und Sportfeste. Warum hat man nicht längst einen Preis von lumpigen 100 000 Mark für die beste volkstümliche Geschichte Deutschlands seit dem Jahre 1848 ausgeschrieben?

Woher soll Hilfe kommen? Wir haben eine Pressestelle der Reichsregierung. Sie ist im Laufe des letzten Jahres so bürokratisiert, daß von ihr aus keine Rettung zu erwarten ist. Wir haben eine Reichszentrale für Heimatdienst. Sie hat die staatsbürgerliche Aufklärung in ihrem Programm — Aufklärung im Sinne der Republik natürlich. — Aber die Reichszentrale für Heimatdienst ist durch die Angriffe der Reaktion der letzten Jahre so eingeschüchtert worden, daß von wirklicher republikanischer Aufklärung bei ihr gar keine Rede mehr sein kann.

Wo ist die Stelle in der Reichsregierung, die sich für den Fortschritt des republikanischen Gedankens täglich und stündlich verantwortlich fühlt? Wir haben sie nicht. Der Reichskanzler kann das so wenig wie der Reichsminister des Innern. Seit bald drei Jahren trägt die Demokratie die schwere Verantwortung für das Schicksal Deutschlands. Aber während wir unsere ganzen Kräfte verzehren, die großen Fragen des wirtschaftlichen und finanziellen, des materiellen Lebens der Nation einer einigermaßen erträglichen Lösung entgegenzuführen, untergräbt die reaktionäre Opposition mit wachsendem Erfolg die geistigen

Grundlagen unseres staatlichen Seins. Die Republik hat die geistigen Aufgaben, die geistige Verantwortung, die auf ihr lastet, unterschätzt und vernachlässigt. Der Tote von Griesbach war nicht der Mann, der die Aufgabe gelöst hätte. Aber er hat sie richtig erkannt. Und ihrer energischen Lösung gälten seine letzten politischen Gedanken.

Wir hatten einmal einen Ansatz zu der richtigen Lösung. Das waren die Wochen, in denen Eduard David als Minister ohne Portfeuille den Einheitsfall aller Republikaner zu spielen begann. Es war leider nur eine kurze Episode, die zu Ende ging, ehe sie ihre ersten Früchte tragen konnte. Der Gedanke ist später wieder aufgelaugt, aber fallen gelassen worden. Man fürchtete die Angriffe der Reaktion auf die Schaffung neuer Ministerposten. Man fürchtete sich vor der Bewilligung eines lumpigen Minijergehalts in einer Zeit, wo Millionen beansprucht wurden zu Hoeden einer Propaganda, bei der freilich die Reaktion ihre Hände tief im Spiele hatte.

Die Frage der republikanischen Propaganda ist nicht die Frage einer neuen Organisation, nicht die Frage großer Propagandageber. Sie ist die Frage vor allem einer Persönlichkeit, die sich Tag und Nacht für den Vortritt des republikanischen Gedankens verantwortlich fühlt.

Alle nervöse Aufregung über Erzbergers Ermordung, alle Debatten außerhalb und innerhalb des Parlaments nützen gar nichts, wenn wir nicht furchtlos die praktischen Konsequenzen ziehen aus dem, was die Reaktion angeht hat, aus dem, was wir verümt haben. Wir stehen mitten in einem Kisse, aber unerbittlichen Kampfe um die Republik. Dieser Kampf entscheidet unserer Meinung nach über Deutschlands Schicksal. Eine Reichsregierung, die ihr Mandat von der Mehrheit des Volkes hat und diesem für die friedliche Weiterentwicklung des neuen Deutschland verantwortlich ist, kann in diesem Kampfe nicht absteifischen. Zur sie das, so fliegt sie nicht nur eines Tages selber in die Luft, sie liefert vielmehr Deutschland dem Bürgerkrieg aus. Also muß sie Hand anlegen. Aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen. Denn es ist Zeit. Es ist allerhöchste Zeit.

### Erste sozialdemokratische Wohlfahrtsagung

Görlitz, den 15. September 1921.

Den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagess in Görlitz geht als 1. Veranstaltung eine besondere Wohlfahrtsagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt voraus, eine Veranstaltung, wie sie in dieser Form zum ersten Mal von der Partei organisiert worden ist. Das Bedürfnis danach muß freilich schon lange bestanden haben und das Interesse für die besondern Fragen der Arbeiterwohlfahrt in der Partei sehr stark sein, denn zu der heutigen Tagung hatten sich über 200 Delegierte und Gäste eingefunden, darunter auch zahlreiche Vertreter von Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Der Saal des „Tivoli“, in dem die Tagung stattfand, ist schlicht mit Blumen geschmückt. Über die Bühne leuchtet in großen Buchstaben Goethes Wort: Ebel sei der Mensch, hilfsreich und gut. Pünktlich um 10 Uhr eröffnet die Vorsitzende des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, Frau Marie Judack, die Tagung mit kurzen Begrüßungsworten. Im Namen des Ortsauschusses heißt sie der sozialdemokratischen Landtagsabgeordnete Görlich willkommen.

Ministerialrat Dr. Kästner vom Reichsarbeitsministerium und Frau Wilmelme Kästler im Namen des Reichswirtschaftsministeriums geben den guten Wünschen der Reichsregierung für den Erfolg der Tagung Ausdruck. Dr. Kästner weist besonders auf den wachsenden Luxus hin, der sich namentlich in den Badeorten immer mehr breit macht, während in weiten Kreisen der Bevölkerung das größte Elend herrscht. Hier sei es Aufgabe aller Wohlfahrtsvereinigungen, in allen Volksschichten das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen des Volkes zu wecken und zu stärken. Auch Frau Kästler betont die Notwendigkeit einer einheitlich arbeitenden Wohlfahrtspflege, um die Volksgesundheit wieder herzustellen und die Spuren der Blodade und des Krieges allmählich zu beseitigen.

Im Namen der Stadt Görlitz hielten Medizinrat Dr. Ger-ford als Vertreter des Magistrats und Stadtrat Lorge als Vertreter des städtischen Wohlfahrtsamts das Willkommen. Darauf hielt Frau Helene Simon-Schwelm zum ersten Punkte der Tagesordnung ein groß angelegtes Referat über die Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege. Die

moderne Wohlfahrtspflege wurzelt in der allmählichen Entstehung der Pflege der Armen durch die Beschützung der Klassen- und unter Ausrichtung armenrechtlicher, strafrechtlicher und politischer Gesichtspunkte. Die moderne Wohlfahrtspflege erstreckt sich auf alle Lebensverhältnisse und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, wenn auch ihre Ausgestaltung und das Tempo der Erfüllung von politischen Voraussetzungen abhängen. An die Stelle der Frage nach Würdigkeit und Unwürdigkeit mußte die Frage nach Heilbarkeit und Unheilbarkeit treten. Der Heilbare sei zu heilen, der Unheilbare zu versorgen oder unheilbar zu machen. Der Leistungslose sei eine Förderung der Produktion und der Gerechtigkeit. Die Wohlfahrtspflege im allgemeinen Sinne umfasse die Summe der mütterlichen, heilenden und versorgenden, der gesundheitslichen, der mütterlichen, der jugendlichen, der arbeiterrechtlichen und elternerrechtlichen Maßnahmen. Die erforderlichsten wären, um die Gesamtheit des Volkes in gute körperliche, geistige und sittliche Gesundheit zu bringen. Eine strenge Scheidung von Volkswohlfahrtspflege und Sozialpolitik sei nicht möglich. Die allgemeine Aufgabe der Wohlfahrtspflege liege in der Bekämpfung der Ursachen der Not und der Verhütung körperlicher, geistiger und sittlicher Verschlebung. Ursache der Armut seien Arbeitsmangel und Arbeitsunfähigkeit. Der Arbeitsmangel sei im wesentlichen ein Problem der Wirtschaft und der Organisation der Arbeit. Grundlage zur Verhütung der Arbeitsunfähigkeit sei das Gesundheitswesen. Die Mütterlichkeit müsse als wirtschaftliche Leistung bewertet werden. Die Jugendpflege sei in der Form eines Unmündigkeitsgesetzes von der Geburt bis zur Mündigkeit einheitlich zu regeln. Aufgabe der Wirtschaftsorganisation bezüglich der Arbeitsbeschaffung sei es, die Arbeitslosigkeit auf die Fälle einzuschränken, die gesellschaftlich unvermeidlich und deshalb unerschuldet wären. Für alle Arbeitsfähigen gelte als Grund-satz die Arbeitspflicht. Je nach der Ursache der Arbeitslosigkeit müsse die Wohlfahrtspflege unterschiedlich behandelt werden. Arbeitsunfähige ältere Leute seien angemessen zu versorgen. Die Wohlfahrtspflege könne zur Verbrechenverhütung mehr beitragen als die Strafe. Die Durchführung der Wohlfahrtspflege habe zu geschehen durch Versorgung und Fürsorge, durch umgehende Hilfe am Aufenthaltsort, durch Familienfürsorge, durch Wohlfahrtsfürsorge für Arbeiterinnen und durch den Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege im Sinne der Verhütung, Heilung und Versorgung.

Im Anschluß an ihr Referat sprach Bürgermeister Dr. Casparis-Brandenburg über die gesellschaftlichen Grundlagen und den organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege. Casparis bezeichnete als Wohlfahrtspflege die Summe aller Bestrebungen, die dahin gehen, auf Grund rechtlicher Ansprüche durch vorbeugende, heilende und versorgende Maßnahmen, die Allgemeinheit zu fördern. Durch die Förderung des Individualismus schaffe und fördere die Wohlfahrtspflege den Schutz der Allgemeinheit. Die Wohlfahrtspflege dürfe sich nicht auf freiwillige Leistungen beschränken, sondern müsse sich durchgängig auf das Recht gründen. Es gelte am Individuum zu arbeiten zum Segen der Gesellschaft. Bei der Tuberkulose z. B. müsse neben dem Schutz für die Tuberkulösen ein Schutz der Gesellschaft gegen den Tuberkulösen geschaffen werden; gegebenenfalls müsse der Tuberkulöse auch gegen seinen Willen aus seiner Umgebung entfernt werden. Man dürfe nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt und seine Orts- und Bezirksauschüsse Wohlfahrtsvereine wären. Die Wohlfahrtspflege der Sozialdemokratie spreche nicht aus dem Boden der landläufigen Caritas. Der Altruismus gehöre zum Begriff der Wohlfahrtspflege. Wir wären nicht Sozialdemokraten, wenn wir nicht im Schutz der Schwachen ein Kulturerebüteten. Wir müssen es mit dem Worte halten, das August Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ geschrieben hat: „Wer durch irgend einen Umstand arbeitsunfähig ist, für den ist die Gesellschaft einzutreten verpflichtet.“ So bedeutet auch Wohlfahrtspflege in höherem Sinne Arbeitskraft zu solcher werden zu lassen. Die bestehende Armenpflege, insbesondere das Gesetz über den Unterhaltungswohlfahrt, lasse jedes fürsorgereiche Moment vermissen. Bei allen Forderungen müsse man sich darüber klar sein, daß man sie nur durchsetzen könne, wenn man die politische Macht habe. Wir müssen also kämpfen, um das Erreichbare durchzusetzen. Auch für vorbeugende und heilende Elemente muß der Rechtsboden gefunden werden. Man muß die vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten nutzen, also vorbeugen, die geschädigten Kräfte wieder herstellen und die völlig Arbeitsfähigen versorgen. Als Gebiets- der Wohlfahrtspflege kommen in Betracht: das gesamte Armenwesen, die Kriegsfolgehilfe, die Jugendwohlfahrt, das Volksbildungswesen, das Gesundheitswesen. Zu den gesetzlichen

### Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Mit heller Stimme rief Frau Hadwig jetzt: Pragebis! — Und wie's nicht sogleich die Stufen zum Saal herauf hüpfte, rief sie noch einmal schriller: Pragebis!

Es dauerte nicht lange, so schwebte die Gerufene ins Nebentritt herein. Pragebis war der Herzogin in Schwaben Kammerfrau, von geistlicher Nation, ein lebend Angebot, das einst des byzantinischen Kaisers Basilus Sohn um Hadwigs Hand geworden. Der hatte das des Gesangs und weltlicher Kunstfertigkeit erfahrene Kind samt vielen Kleinodien und Schätzen der deutschen Herzogstochter geschenkt und als Gegengabe einen Korb erbeutet. Man konnte damals Menschen verschleusen, auch kaufen. Freiheit war nicht jedem zu eigen. Aber eine Unfreiheit, wie sie das Griechenskind auf der schwäbischen Herzogsburg zu tragen hatte, war nicht drüben.

Pragebis war ein blaßes feingezichnetes Mädchen, aus dem zwei große dunkle Augen unglücklich wehmütig und lustig zugleich in die Welt vorstauten. Das Haar trug sie in Flechten um die Seiten geschlungen; sie war schön.

Pragebis, wo ist der Star? sprach Frau Hadwig. Ich werd ihn bringen, sagte die Griechin. Und sie ging und brachte den schwarzen Gesellen, der saß so breit und frech in seinem Käfig, als wenn sein Dasein im Welttanzen eine flaffende Lade auszufüllen hätte. Der Star hatte bei Hadwigs Hochzeit sein Glück gemacht. Ein alter Fiedelmann und Gaukler hatte ihn unter langwieriger Mühsal einem lateinischen Hochzeitsgrob eingetricheitert; das gab einen großen Jubel, wie beim Feischmaus der Käfig auf den Tisch gestellt war und der Vogel seinen Spruch sprach: Es ist ein neuer Star am Schwäbischen Himmel aufgegangen, der Star heißt Hadwig, Heil ihm! und so weiter.

Der Star war aber hier gebildet. Er konnte aus dem gereimten Klingklang aus das Vaterunser herjagen. Der Star war auch hartnäckig und konnte seine Grillen haben, so gut wie eine Herzogin in Schwaben.

Heute mußte dieser eine Erinnerung an alte Zeit durch den Sinn fliegen sein, der Star sollte den Hochzeitspruch sagen. Der Star aber hatte seinen frommen Tag. Und wie ihn Pragebis ins Gemach trug, rief er feierlich: Amen! und wie Frau Hadwig ihm ein Stück Honigsuchen in den Käfig reichte und schmeichelnd fragte: Wie wars mit dem Stern am Schwäbischen Himmel, Freund Star? da sprach er langsam: Führe uns nicht in Ver-

suchung! Wie sie aber zur Ergänzung seines Gedächtnisses ihm aufkühlerte: Der Stern heißt Hadwig, Heil ihm! — da jubte der Star in seiner Melodie fort und intonierte würdig: Erlöse uns von dem Nibel!

Nurwahr, das schalt noch, daß auch die Vogel heutigen Tages unterschämt werden, rief Frau Hadwig; Burglaze, wo heßt du? und sie lodte die schwarze Katze herbei, der war der Star schon lange ein Dorn im Auge; mit funkelnden Augen kam sie geschlichen.

Frau Hadwig erschloß den Käfig und überantwortete ihr den Vogel, der Star aber, dem schon die scharfen Krallen das Gefieder zausen und eilige Schwunghedern zerknickt hatte, ersch noch ein Gelegenheitslein und entwichte durch einen Spalt am Fenster.

Wald war er verschunden, ein schwarzer Punkt im Nebel. Eigentlich, sprach Frau Hadwig, hätte ich ihn auch im Käfig behalten können. Pragebis, was meinst du? Meine Herrin hat bei allem recht, was sie tut, erwiderte diese.

Pragebis, fuhr Frau Hadwig fort, hol mir meinen Schmutz. Mich gelüht, eine goldene Armpange anzulegen. Da ging Pragebis, die immertwillige, und brachte der Herzogin Schmutzästchen. Das war von getriebenem Silber, mit starken unfertigen Strichen waren eilige Gestalten darin angebracht in erhabener Arbeit, der Heiland als guter Hirte und Petrus mit dem Schlüssel und Paulus mit dem Schwert, samt allerhand Blattwerk und reich verzielterer Jierat, als wenn es früher zur Aufbeziehung von Kalinigen gedient hätte. Es war durch Herrn Burkhard eingebracht worden, doch sprach er nie gern davon, denn er kam zu selber Zeit von einer Festbe heimgeritten, darin er einen burgundischen Bischof schwer überzamt und niedergeworfen hatte.

Wie die Herzogin das Kästchen aufschloß, glänzten und glänzten die Kleinodien mannigfaltig auf dem roten Samtfutter. Bei solchen Denzzeichen der Erinnerung kommen allerhand alte Geschichten herangejuchelt. Auch das Bildnis des griechischen Prinzen Konstantin lag dort, jierlich, geledt und sonder Geist vom byzantinern Reiter auf Goldgrund gemalt. Pragebis, sprach Frau Hadwig, wie wars geworden, wenn ich deinem sprünghaften, gelbwangigen Prinzen die Hand gereicht hätte?

Meine Herrin, war Pragebis' Antwort, es wäre sicher gut geworden. Er, fuhr Frau Hadwig fort, erzähl mir etwas von deiner langweiligen Heimat, ich möchte mir gern vorstellen, was ich für einen Einzug in Konstantinopel's gehalten hätte.

O Fürstin, sprach Pragebis, meine Heimat ist schön — wehmütig ließ sie ihr dunkles Aug in die neblige Ferne gleiten —

und solch trüber Himmel wenigstens war Euch am Ufer des Normoreeres für immer erpaart. Auch ihr hätte den Schrei des Stauens nicht unterdrückt, wenn wir auf stolzer Galeere dahin gefahren wären: an den jeden Türmen vorbei, da haben sich zuerst die dunklen Massen, Paläste, Kuppeln, Gotteshäuser, alles im blendend weißen Marmor, aus den Bränden der Insel Protometeos, groß und stolz steigt die Lise des Meeres aus dem blauen Grunde auf, dort ein dunkler Wald von Zypressen, hier die riesige Wölbung der Hagia Sophia, auf und ab das weiße Vorgebirg des goldenen Horns; gegenüber am asiatischen Gefilde glüht eine weiße Stadt, und als blaugoldener Gürtel schlingt sich das schiffelastige Meer um den Janber — o Herrin, auch im Traum bezwang ich hier im schwäbischen Land den Glanz jenes Anblicks nicht wieder zu schauen.

Und dann, wenn die Sonne niedergegangen und über flimmern Meeresswellen die Nacht aufsteht, der Königsbraut zu Ehren alles im blauschönen Glanz griechischen Feuers, — jetzt fahren wir im Hafen ein, die große Kette, die ihn sonst absperrt, löst sich dem Brautauschiff Radeln spühen am Ufer, dort steht des Kaisers Leibwache, die Paräger mit ihren zweifelhäftigen Streitkräften, und die blauschönen Normänner, dort der Patriarch mit zahllosen Priestern, überall Muffit und Jubelruf, und der Königssohn im Schmelde der Jugend empfängt die Werkstätte nach dem Palaste von Blachurnae walt der Festzug . . .

Und all diese Herrlichkeit habe ich verstaunt, spottete Frau Hadwig. Pragebis, dein Bild ist nicht vollständig. Und schon des andern Tages kommt der Patriarch und erteilt der abendländischen Christin einen scharfen Glaubensunterricht, was von all den Schereorien zu halten, die auf extrem verstandeshirren Erdrreich aufsprichien wie Stacheln und Wikentwurf, und was von den Weibern der Mönche und dem Königssohn zu Chalcedon und Nicaea; dann kommt die Großhofmeisterin und lehrt die Gesetze der Sitte und Bewegungen; so die Strenge gefaltet und so die Schleppe getragen, diesen Fußfall vor dem Kaiser und jene Umarmung der Frau Schwiegermutter und diese Höflichkeit gegen jenen Günstling und jene gigantische Nebenart gegen dieses Mutter: Cure Graviat, Cure Eminenz, Cure erhabene und wunderbare Größe! — was am Menschen Lebensluft und Kraft verberbare Größe! und der Herr Gemach gibt sich auch als geheißt, wird abgelidelt, und der Herr Gemach gibt sich auch als gefürchtetes Ruppchen zu erkennen, eines Tages flieht der Feind vor den Toren oder der Thronfolger ist den Plauen und Strahlen des Zirkus nicht genutm, der Aufwand löst durch die Gräben, und die deutliche Herzogstochter in rd gebendet ins Kloster nestet. . . Was frommtis ihr dann, daß ihre Kinder schon in der Wiege mit dem Titel Aleredebster begüßigt werden? Pragebis, ich weiß, warum ich nicht nach Konstantinopel's ging.

(Fortsetzung folgt)

Grundlagen der Wohlfahrtspflege gehören neben dem großen Komplex des bürgerlichen Rechts, insbesondere des Familienrechts, des Unterhaltungsrechts, des Freizügigkeitsgesetzes, das Militärversorgungsgesetz, das Erwerbslosenfürsorgegesetz, das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, die Krüppelfürsorge, das Kinderfürsorgegesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz usw. Leider hat der bürgerliche Staat im Reichstagsauschuß die ursprüngliche Fassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wesentlich verschlechtert. Auch der Schutz der Unheilbaren ist nicht allein durch amtliche Vormundschaft gewährleistet. Die Lösung des Unheilbaren-Problems ist nur möglich durch die primäre staatliche Versorgung und den Rückgriff auf die nach privatem oder öffentlichem Recht sonst Verpflichteten, wie das schon Genosse Quard während des Krieges im Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik verlangt hat. Auch Schwangerenfürsorgestellen müßten eingerichtet werden. Das neueingebrochene Jugendgerichtsgesetz ist nur eine halbe Reform. Dem Bewährungsgesetz kann man im wesentlichen zustimmen, wenn die nötigen Kantelen geschaffen werden, daß die Bewährungsmaßnahmen nicht einseitig angewandt und mißbraucht werden. Bedauerlicherweise hat man bisher veräumt, ein Reichswohlfahrtsministerium zu schaffen. Bei den kommunalen Wohlfahrtsämtern ist durch die Initiative und den Einfluß der Sozialdemokratie schon viel erreicht worden. Zur Deckung der Kosten der Wohlfahrtspflege ist es notwendig, daß die Reichsregierung durch vernünftige Steuererlässe die Möglichkeit gibt, den Luxus und das Schlemmerleben zu erfassen. Bei solchen Maßnahmen wird die Arbeiterklasse sich geschlossen hinter der Regierung finden. Die Gewerkschaften müssen, wie sie in letzter Zeit für Rußland eingetreten sind, auch für Deutschland eintreten und praktischen Sozialismus treiben. Die Sozialdemokratie ist bemüht, Menschen im Dienste der Wohlfahrtspflege heranzubilden. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über die beiden Referate findet gemeinsam statt. Sämtliche vorliegenden Anträge werden dem Resolutionsauschuß übergeben.

### Unabhängige Arbeiter! Lest die folgende Lektion, denkt darüber nach und lernt daraus

In einer Besprechung des Wahlausfalls in Thüringen, der den Unabhängigen eine schwere Niederlage brachte, hat, schreibt die unabhängige Berliner „Freiheit“:

„Der Verlust der U.S.P. an Stimmen und Mandaten erklärt sich aus der Spaltung der Partei. Aber bei dieser Feststellung darf es natürlich sein, wenn man sich fragt, weshalb die Organisationen erhalten blieben und im Wahlkampf leistungsfähig funktionierten und trotz der sozialistischen Mehrheit im Parlament nicht die Frage aufgeworfen werden, was die U.S.P. hätte leisten können ohne die Schwächung und Lähmung durch die Spaltung. Die zersetzende Wirkung der Parteispaltung läßt sich in den einzelnen Wahlbezirken ziffernmäßig feststellen. Am katastrophalsten haben sich indes die Dinge in Gotha gestaltet; der gothaische Zusammenbruch sollte für die thüringische und deutsche Arbeiterbewegung eine warnende Lehre sein. Die Wahlen der Nationalversammlung im Januar 1919 brachten der gothaischen U.S.P. mehr als 50 000 Stimmen und die bald darauf folgenden Landtagswahlen führten zu einer starken Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie. Aber von da an datiert schon die hyperbolische Zerfallsarbeit der in Gotha maßgebenden Führer. Was eine jahrzehntelange vorbildliche Arbeiterbewegung und die Novemberrevolution an Erfolgen zeitigten, zerstörten verlebte Wirrwirre in kurzer Zeit. Von Wahl zu Wahl schwindet die Zahl und Macht der führenden sozialistischen Partei. Der zügellose „Radikalismus“ und die Reichsregulativ haben ihre Wirkung getan. Und nach der Spaltung der U.S.P., die in Gotha besonders frivol und rücksichtslos betrieben wurde, gibt es einen weiteren Sturz. Von dem ursprünglichen Massenangebot der Unabhängigen Sozialdemokratie bringen die Kommunisten und U.S.P. heute nur noch die Hälfte auf. Der neuerliche Rückgang ist auf die geradezu maß- und ziellose Kampfmethode der Kommunisten gegen die Unabhängigen Sozialdemokratie zurückzuführen, die dabei verzeihen, die elementarsten organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und die Front gegen rechts zu ziehen.

Unverantwortliches und unfähiges „Führertum“ glaubt sich mit derartigen Phrasen öffentlich rechtfertigen zu können.“

Das alles ist ganz zutreffend und recht gut gesagt; die Spaltung und die radikale Phrasologie haben die Niederlage der Unabhängigen verschuldet. Aber die Spaltung der Unabhängigen Partei durch die Kommunisten war nicht die erste sinnlose und gemeinschädliche Zerstückelung der deutschen sozialistischen Front; die Unabhängigen sind 1916 mit dem bösen Beispiel den Kommunisten vorgegangen. Und diese Spaltung hat die Kraft der Arbeiterklasse in den beiden letzten Kriegsjahren ungeheuer gelähmt, sie hat es verschuldet, daß die Wahlen zur Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit gebracht haben, sie hat die Unabhängigen unter dem Druck der Kommunisten und im verbündeten Haß gegen die Mutterpartei in eine radikale Phrasologie hinein getrieben, von der nichts mehr geblieben ist, als daß die Unabhängigen sich jetzt gegen ziemlich dieselbe Kampfmethode von links mehreren müssen, die sie gegen uns angewendet haben. Den Schaden hat die deutsche Arbeiterklasse zu tragen. Im Jahre 1916 haben die Unabhängigen eine böse Saat gesät, sie werden an den Früchten dieser Saat zurunde gehen, wenn sie sich nicht vorher noch wieder in die Reihen der alten Sozialdemokratie retten. Das zu sagen ist deshalb Pflicht, um den Arbeitern an der Hand der Tatsachen nutzbringenden politischen Anschauungsunterricht zu geben. Hinweg mit der radikalen Phrasologie, die nur zerstörend wirkt, aber unermüdliche Arbeit auf dem Boden der Tatsachen. Und dann wird die jammervolle Periode des gespaltenen und sich bekämpfenden Proletariats rasch vorüber sein. Denkt einmal darüber nach, ihr unabhängigen Proletarier!

### Vorsicht gegenüber Geschenken

Als zuerst die Sozialdemokratie die Erfassung der Goldwerte forderte, hatten die bürgerlichen Parteien dafür nur Entrüstung und Gelächter übrig. Die Erfassung der Goldwerte würde Deutschlands Ausverkauf und Verrat an das Ausland bedeuten und zugleich die deutsche Industrie und die ganze deutsche Volkswirtschaft ruinieren. Ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“, welche das Problem ernsthaft prüfte, wurde wie ein weißer Hahn angekauft. Aber allmählich, in dem Maße, indem der Kurs des deutschen Geldes tiefer und tiefer sank, ergriff der sozialdemokratische Ruf nach Erfassung der Goldwerte für das Reich immer weitere Kreise. Jetzt ist seit Wochen offenbar, daß Deutschland bankrott geht und das Kabinett Birch kein Kabinett der Erfüllung sondern ein Kabinett der Räucherlichkeit ist, wenn man sich nicht zu der steuerlichen Erfassung der Sachvermögen, der Fabriken, der Grundstücke, der Häuser für das Reich entschließt. Die Erfassung der Goldwerte kann von den Mehrheitsparteien des Reichstags garnicht mehr abgelehnt werden, sie zwingt sich von selber auf.

In diesem Augenblick scheint die Industrie sich zu einem großen Opfer auf den Altar des Vaterlandes entschlossen zu haben. Sie will selbst eine ungeheure Menge Goldmark dem Reiche zur Verfügung stellen, damit dieses im nächsten Jahre die Reparationen bezahlen kann. Eine solche Opferung verlangt natürlich Bewunderung und Dank. Es scheint als ob dieser Dank darin bestünde, daß das Reich auf die Erfassung der Goldwerte verzichtet. Benignität behaupten Berliner Blätter, daß nach der hochherzigen Opfergabe der Industrie der sozialdemokratische Parteitag in Göttingen sich nicht mehr auf die Erfassung der Goldwerte festlegen sollte. Und weiterhin ist es dann selbstverständlich, daß wenn die großen Industriekongresse, die politisch die Deutsche Volkspartei leiten, für die Republik so gewaltiges vollbringen, daß sie dann nicht länger außerhalb der Regierung stehen dürfen. Es wäre ja barbarisch, nach einer solchen Großtat noch die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzubrechen, nicht wahr?

Es ist gewiß begründbar, wenn die Großindustrie zunächst viele Millionen Goldmark zur Verfügung stellen will. Denn die Erfassung der Goldwerte wird möglicherweise die notwendigen Reueinstellungen nicht sofort liefern können. Die Reichsregierung hätte sich vor vier Monaten zum Entschluß aufraffen müssen. Sie hat zu lange gewartet, ihr Fehler könnte katastrophal werden, und sie muß allerdings dankbar sein, wenn die Industrie ihr aus der Not hilft. Voraussetzung ist natürlich, daß nicht etwa statt der einen Reichsbank oder des einen Reichsfinanzministeriums nun ein paar tausend Industrielle Devisen kaufen und dadurch die Kurse der Auslandsbörse noch weiter in die Höhe treiben.

Aber mit dem Problem der Erfassung der Goldwerte hat die Gabe der Industrie gar nichts zu tun. Kein Mensch kann wissen, niemand kann garantieren, ob die Anbringung der verprochenen Reueinstellungen gelingt. Und wenn sie gelingt, so ist damit das Reich zwar für den Augenblick aus der Not, aber die für die deutsche Wirtschaft und ihre Erhaltung notwendige Atembrücke von einigen Jahren ist damit nicht gewonnen. Was die Industrie jetzt freiwillig hergibt — gemeint ist hoffentlich wirkliche Übergabe und nicht etwa Erhaltung der hergegebenen Goldmark durch Papiermark — kann erst später bei der Erfassung der Goldwerte angerechnet werden. Aber verzichten kann das Reich auf dieses einzige Rettungsmittel unter gar keinen Umständen, und die Sozialdemokratie handelt frivol, wenn sie das nicht erkennen würde.

Mit den politischen Koalitionen hat endlich der Schritt der Industrie gar nichts zu tun. Das Angebot der Goldmark ist nur taktischer Art, um die sonst unermessliche Besteuerung der Goldwerke aufzuhalten. Hoffentlich hat die Sozialdemokratie nicht verlernt, Gaben des Gegners mit dem Speere zu empfangen.

### Gemeindepolitik

Der Reichstag Berlin. Berlin ist nach der Durchführung der Eingemeindungen größer als Württemberg und Baden. Nach einer Feststellung des Statistischen Reichsamtes ist sein jährlicher Finanzbedarf nach dem Vorschlag für 1920 größer als der von Preußen. Berlin hat nach der letzten Volkszählung 3 801 235, Württemberg 2 518 773, Baden 2 209 503 Einwohner. Die Einnahmen und Ausgaben Berlins betragen über 5001 Millionen gegen 5623 Millionen in Bayern und 1085 Millionen in Sachsen.

### Aus der Partei

Wahlfondskontingente. Für den Wahlfonds fanden ein: Oberrot 31 M. (Zellerfammlung), Ottenau 100 M., Marsch 200 M., Forchheim 143 M.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinkl.

### Badische Politik

Wahlrecht der Reichsdeutschen und Dauer des gegenwärtigen Landtages

Am Freitag nachmittag beschäftigte sich der Verfassungsausschuß des badischen Landtages mit der Änderung des Landtagswahlgesetzes, das die Wahlberechtigung derjenigen Staatsbürger regelt, welche das badische Staatsbürgerrecht nicht besitzen, also der sogenannten Reichsdeutschen, und der Dauer des bisherigen Landtages. Es wurde bezüglich des ersten Punktes beschlossen: „Stimmberichtig bei den Wahlen zum Landtag ... sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsdeutschen ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande ihren Wohnort haben.“ Damit können also alle Reichsdeutschen, die in Baden wohnen, wenn sie die sonstigen Wahlbedingungen erfüllen, zu den diesjährigen Landtagswahlen wählen.

Damit Klarheit besteht, über die nicht in Baden wohnenden badischen Staatsbürger, beschloß der Verfassungsausschuß ferner, das Landtagswahlgesetz dahin zu ändern: „Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz außerhalb Badens haben, sind wahlberechtigt.“ Man will den in der Schweiz oder in Bayern oder Württemberg wohnenden badischen Staatsbürgern das Wahlrecht sichern. Das ist durch die Ergänzung der Regierungsvorlage, wie sie der Ausschuß beschloß, geschehen.

Längere Zeit beanspruchte auch die Regelung der Dauer des Landtages. Einige Abgeordnete hielten an dem schon in der Öffentlichkeit genannten 30. Oktober fest, an welchem Tage die Neuwahlen stattfinden. Andere Abgeordnete plädierten für einen demokratischen Antrag, welcher lautet: „Der gegenwärtige Landtag dauert bis zum Tag des Inkrafttretens des am 30. Oktober 1921 neu zu wählenden Landtages.“ Man wollte dafür sorgen, daß immer eine zureichende Institution vorhanden sei. Der neue Landtag konstituiert sich voraussichtlich am 10. November. Bis dahin muß der alte Landtag formell in Kraft bleiben. Obwohl sich da manche Konsequenzen ergeben können, ist das Vorhandensein eines Landtages unbedingt nötig. Dieser Auffassung stimmte schließlich der Verfassungsausschuß einhellig zu. Es steht also fest: Am 30. Oktober finden die Neuwahlen statt; der alte Landtag ist erledigt, sobald sich der neugewählte Landtag konstituiert hat.

Zu erwähnen ist noch, daß nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 23. März 1921 für die Soldaten das Wahlrecht ruht; diese Reichsbestimmung gilt natürlich auch für Baden. Somit haben bei den diesjährigen badischen Landtagswahlen die Soldaten nicht das Wahlrecht.

Im übrigen ist zu wünschen, daß sowohl die badischen Staatsbürger, wie die Reichsdeutschen von dem ihnen nun in so weitem Maße zustehenden Wahlrecht sicheren Gebrauch machen. Der badische Landtag hat hierzu die Voraussetzungen geschaffen. An den Wählern liegt es, sie entsprechend anzuwenden.

### Brauchen wir Wohnungsverbände?

Unter dieser Überschrift geht uns aus kommunalen Kreisen der folgende Artikel mit der Bitte um Abrudruck:

Nach der Regierungsvorlage vom 21. Juli 1921 an den badischen Landtag ist die Bildung von Wohnungsverbänden in der Weise vorgeschlagen, daß die Gemeinden und Städte bis zu 10 000 Einwohnern bezirksweise zu einem Wohnungsverband zusammengefaßt werden, der die Wohnungsabgabe zu bewerkstelligen hat, die Kapitalien aufzunehmen und die Vorkosten festzusetzen hat. Die Städte über 10 000 Einwohner regeln ihre Vorkosten selbst.

Verschiedene Zeitungen des Landes haben nun die Bildung von Wohnungsverbänden beanstandet, weil sie den Städten und

Gemeinden das Selbstverwaltungsrecht nehmen und das Wohnungswesen der Gemeinden den Oberamtännern übertragen würden. Wie das schwierige Problem der Wohnungsnot, das von höchster sozialer und politischer Bedeutung ist, in anderer Weise gelöst werden soll, ist nicht gesagt. Die Wohnungsverbände würden mit Recht vorgeschlagen, weil die kleinen, leistungsschwachen Gemeinden zur Lösung der Wohnungsfrage allein nicht imstande sind und weil deshalb eine breitere Grundlage geschaffen werden muß, um einen Lastenausgleich zu schaffen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Gemeinden vielfach nicht einmal die Pflichtanteile an den Vorkosten übernehmen konnten und daß deshalb die Wohnungsnot mit auch auf dem Lande in bedenklicher Weise sich eingestellt hat. Die Städte hingegen waren leistungsfähig genug, ihre Bauprogramme allein durchzuführen. Die Beanstandungen der Wohnungsverbände erscheinen aber insofern berechtigt, als in diesen Wohnungsverbänden auch die mittleren Städte von 4 bis 10 000 Einwohnern eingeschlossen werden sollen.

Wenn der Landtag in die Wohnungsverbände, die als Selbstverwaltungsförderung ausgestellt sind, nur die Landgemeinden ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl und die Landstädte unter 4000 Einwohner aufnimmt, werden alle Mißstände beseitigt sein. Diese Wohnungsverbände stehen zwar unter dem Vorsitz eines Oberamtannes, dieser hat aber ebenso wie die Vertreter der beteiligten Bezirksgemeinden nur 1 Stimme, so daß auf diese Weise auch dem Gedanken der Selbstverwaltung in den Landgemeinden Rechnung getragen ist. Die Städte über 4000 Einwohner wären ganz frei und zur Lösung ihrer Bauprogramme allein zuständig. Jede andere Form von Wohnungsverbänden, seien es Kreisverbände oder Landesverbände, würden Unzufriedenheiten und Ungerechtigkeiten im Gefolge haben, die unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Mit den früheren Kommunalverbänden haben die neu zu bildenden Wohnungsverbände nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um den Zusammenschluß leistungsschwacher Gemeinden, um die finanziellen Schwierigkeiten besser überwinden zu können, weil dadurch ein Lastenausgleich geschaffen wird. Diese Gemeindeverbände (Selbstverwaltungskörper) werden neuerdings aus den gleichen Gründen auch reichsgesetzlich gebildet, so z. B. auf dem Gebiete des Armenwesens und der Jugendfürsorge. Die Bildung von Wohnungsverbänden ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern eine dringende Notwendigkeit.

Die Durchführung von Zeitungsverboten. Die Storaheimer Freie Presse erhob in ihrer Nummer vom 10. ds. Mts. gegen das Bezirksamt Forchheim den Vorwurf, es habe den von der Reichsregierung ausgeprochenen Zeitungsverboten nicht die genügende Beachtung geschenkt, indem es ruhig zulasse, wie die Münchener-Augsburger Abendzeitung in Forchheim verkauft worden sei, obwohl gegen diese ein Verbot ausgesprochen gewesen wäre. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß die Durchführung solcher Verbote in den Druckbetrieben erfolgt. Die bayerische Regierung hat das Verbot gegen die Münchener-Augsburger Abendzeitung nicht in Vollzug gesetzt. Wären die Ausführungsbestimmungen über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 den Länderregierungen rechtzeitig und unmittelbar zugegangen, dann hätte das Ministerium des Innern in Baden allerdings die Bezirksämter auf die Zeitungsverbote in einzelnen aufmerksamer machen können. Es fehlte somit dem Bezirksamt Forchheim zu einem Einsprechen die nötige Instruktion. Ein Verschulden hierwegen kann weder dem Bezirksamt noch dem Ministerium des Innern zugerechnet werden.

Protokoll gegen das Verbot der Regimentsstage. Die Vereinigungen der ehemaligen 11er, 30er und 14er Infanterieregimenter in Rastatt haben entschieden Protest gegen das Verbot der badischen Regierung erhoben, das die Zusammenkunft in Rastatt im September und Oktober d. J. betrifft. Die Vereinigungen bezeichnen dieses Vorgehen als verfassungswidrig, durch Abordnungen der genannten Vereinigungen sei das Ministerium des Innern über den geplanten Verlauf der Feste unterrichtet worden, Garantien seien geboten worden, daß jede politische Erörterung unterbunden werden würde. Die Vereinigungen erwarten, daß die badische Regierung die Veranstaltungen freigebe. — Und die Arbeiterklasse erwartet, daß die badische Regierung die Veranstaltungen nicht freigebe.

Eigene Kandidaturen der Grund- und Hausbesitzer. Aus Freiburg wird gemeldet: Wie hier in einer öffentlichen Versammlung der Grund- und Hausbesitzer bekannt gemacht wurde, beabsichtigen die Grund- und Hausbesitzer, an den bevorstehenden badischen Landtagswahlen mit eigenen Wahlvorschlägen teilzunehmen. Die Vorbereitungen hierfür fallen bereits in allen größeren badischen Städten getroffen sein. Man will unter dem Namen einer Mittelstandsorganisation in den Wahlkampf eintreten und dazu mit Handwerkerorganisationen und bezgl. Fühlung zu nehmen suchen. Es wird mit dem Gewinn bezw. Erlangung mehrerer Mandate gerechnet.

### 15. Generalversammlung der Metallarbeiter

3. Verhandlungstag. — Nachmittags-Sitzung

Den Bericht des Verbands-Ausschusses erstattet Konrad Lang-Frankfurt a. M., der betonte, daß der Ausschuß eine umfangreiche Tätigkeit in der Berichtszeit zu entfalten gehabt habe. Der Ausschuß hatte 130 Beschwerden zu erledigen. Der Ausschuß hat versucht, der Gesamtorganisation zu nützen und hat seine Entscheidungen auf Grund des Statuts getroffen.

In der Diskussion über die Berichte erhielt zunächst das Wort der Vertreter der SPD-Fraktion.

Haas-Köln: Seit Stuttgart sehen wir einen gewaltigen Umschwung im allgemeinen Wirtschaftsleben wie auch in unserer Organisation. Von dem radikalen Vorkriegswall, von der Phrasologie vom Wort zur Tat. Wir haben überunden das Geschehen nach der Diktatur des Proletariats, wir sind zurückgekehrt auf den sachlichen Boden der Demokratie. (Zustimmung und Widerspruch.) Es war die höchste Zeit, daß wir auf diesen Boden zurückgekehrt sind, allgemein und in unserem Verband. Neben stellt Ausführungen von Ditzmann in Stuttgart und vorher auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg seinen heutigen gegenüber, um Ditzmanns Umstellung festzustellen. Wir zeigen dadurch, sagte Haas, daß der Vorstand durch die Verhältnisse gezwungen war, anders zu handeln, als er in Stuttgart geredet hat.

Der Vorstand hat die gleichen Methoden eingeschlagen wie der frühere Vorstand

Was ist in Stuttgart den Mitgliedern nicht alles versprochen worden? Wie ist aber dieses Versprechen eingelöst worden? Wer will behaupten, daß die Mitglieder heute ein größeres Selbstbestimmungsrecht haben als früher? Haas erinnert an die Stellung Ditzmanns gegenüber den Beschwerden auf dem letzten Verbandstag über die Entlassung von SPD-Angestellten, weil sie den Freunden von Ditzmann nicht nach dem Wunde redeten. Nun habe man gesehen, daß schon nach kurzer Zeit die Freunde Ditzmanns ebenfalls vielfach in die Wüste geschickt wor-

**Steckenpferd-Seife**  
die beste Liliennilchseife für zarte weiße Haut

den seien, weil sie nicht das richtige Parteimitgliedsbuch in der Tasche hatten. Bei der Anstellung von Kräften im Hauptbüro hat der Vorstand seine Parteifreunde begünstigt.

Die in Stuttgart angenommenen Resolutionen sprachen sich gegen die Arbeitsgemeinschaften aus. Dieses Wort war der Bauarbeiter, mit dem man die Mitglieder irreführte. Wir haben schon in Stuttgart gesagt, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortsetzung unserer Tarifpolitik ist.

Zu Beginn der Sitzung beantragte Ulrich-Berlin, die genaue Rede des Franzosen Herrheim dem Verbandstag zur Kenntnis zu bringen, da die Ueberseherin wichtige Parteien über die Fortsetzung der französischen Gewerkschaften durch die kommunistischen Freibergerin weggelassen habe.

Der Verbandstag gab dem Antrag statt und bekam so die Rede Herrheims nochmals — aber vollständig — zu hören. Für die Rechnungs-Kommission erstattete hierauf Bernthaler-Augsburg Bericht über den kommunistischen Antrag, für die Revisionen aus der Hauptkassette 1.4 pro Mitglied zu beantragen.

Partei-Sekretär Walcher-Berlin (KPD.) wandte sich gegen diesen Vorschlag der Rechnungs-Kommission.

Bamber-Düffeldorf (USP.): Wir haben festgestellt, daß in den Betrieben bei den Sammlungen für die Russen es ausgerechnet die Kollegen von der KPD. waren, die am wenigsten zeigten. (Stürmisches Geklörre bei der Mehrheit, minutenlang große Unruhe und Widerspruch bei der KPD.)

Dem Vorsitzenden Böcker fällt es schwer, wieder Ruhe zu schaffen. Bamber (fortfahrend): Ich bin mir der Tragweite meiner Worte bewußt. Der Antrag ist nicht ohne Absicht eingebracht worden.

Ohnschmann-Erlangen (KPD.) erklärte, daß in seinem Bezirk, in dem die KPD. die Mehrheit habe, beschlossen worden sei, einen Tagesdienst für die Russenleistung abzugeben.

Auf Antrag der komm. Fraktion wird namentlich abgestimmt. Der Antrag der Kommission auf Abrechnung des komm. Antrages wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Es sprach zunächst die zweite Garnitur mit je 1/2 Stunde Redezeit. Wie die gestrigen Reden bewegten sich auch die Ausführungen der heutigen Redner mehr in einem allgemeinen politischen, parteipolitischen und wirtschaftlichen Rahmen.

Die Debatte eröffnete Nummer-Offenbach (SPD.), der betonte, der Weg von Stuttgart nach Jena sei ein sehr lehrreicher.

Das Schlußstück hier wäre ein erhellendes das beintragliche auch nicht, wenn es hier scharfe Auseinandersetzungen gebe. Wir freuen uns, daß Dikmann sagte die Zeit ist wieder gekommen wo wir alle ein gemeinsames Parteibuch in der Tasche haben. Wir von der SPD. waren immer der Meinung, daß die verschiedenen Parteibücher höchst überflüssig waren. (Sehr richtig!) Auf das Bild, das Dikmann gab, fallen einige Schatten. Bei der Delegiertenwahl wurde in einem Flugblatt der USP. in Dresden von den Rechtssozialisten als den „klassischen Vertretern reformistischen Phrasen, die den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern“, gesprochen.

Dettinghaus-Büdenscheid (USP.): Sie müssen unsere Gefühle und unser Vorgehen in Stuttgart verstehen lernen. Wir fühlen uns während des Krieges verlassen und verraten und haben deshalb gehaßt. Heute haßen wir nicht mehr, wir sind bereit zu vergeben und zu vergeben. (Große Heiterkeit.) Wir haben uns genähert, weil unsere Ideen auch bei Euch (nach rechts) Anklang gefunden haben. (Rufe: Umgekehrt ist es!) Die größte Tat Schindes war es, als er das Schicksal des Verbandes über seine Person stellte. Die Regierungsparteien können mit unserer Verbandsregierung zufrieden sein. Wir sind mit dem Wirken des Vorstandes einverstanden. — Es muß aber mehr zur Schaffung von Bezirksverbandsstellen und von Industrieverbänden getan werden. Unsere kommunistischen Freunde wollen Massenaktionen. Ich glaube, es trennt uns auch nicht viel von den kommunistischen Kollegen, nur der Begriff über Massen und Führer. Man sollte nicht immer sagen, nur die Führer sind die Verräter. Die Tatsachen geben ein anderes Bild. Es gehört ein größerer Mut dazu, „Stopp“ zu sagen, als „auf in den Kampf“. Redner begründet eine Resolution seiner Fraktion.

Für die KPD. sprach als zweiter Redner Wegmann-Effen, der eine lange Rede verlas und dabei nicht viel Aufmerk-

samkeit des Verbandstages fand. Redner erklärte: die Geschichte würde das Urteil über die Tätigkeit der Kommunisten sprechen. Der Redner von der USP. habe eine Grabrede für die USP. gehalten. Die USP.-Fraktion habe keine klare grundsätzliche Richtlinie. In der Resolution Haas werde der grundsätzliche Standpunkt der SPD. verflucht. Dikmann habe drei Stunden lang eine kommunistische Rede gehalten. Nennen Sie dies verantworten, angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Proletariat befindet? Wir werden dem Proletariat sagen, was die Gloden geschlagen haben. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der Verbandstag vertagte sich hierauf.

### Aus der Stadt

Karlsruhe, 19. September.

#### Geschichtskalender

19. September. 1802 \*Ludwig Kossuth, ungar. Freiheitskämpfer, in Monak. — 1871 \*Der Zoologe Schaudinn in Rößlingen (Ospreuzen). — 1919 George Sireis in Italien.

Bezirks-Versammlungen des Sozialdem. Vereins finden am Mittwoch, 21. Sept., abends 8 Uhr, in nachstehenden Bezirken und Lokalen statt:

- Südstadt: Im „Auerhahn“.
- Mittel- und Südstadt: In der „Goldenen Krone“.
- Referent Genosse Saier.
- Oststadt: Im „Scheffelhof“. Referent Gen. Kadner.
- Weststadt: Im „Wirttemberger Hof“, Ecke Upland- und Goethestraße.
- Mühlburg: In der „Stadt Karlsruhe“.

In allen Versammlungen findet ein Vortrag statt. Vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen ist erforderlich.

Bezirk Müppurr. Auf die allgemeine Arbeiterversammlung am Mittwoch abends 8 Uhr im „Jägering Löwen“ sei nochmals hingewiesen. Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert ten Besuch!

#### Die Wahlkarten

wurden in den letzten Tagen durch die Schutzmannschaft verteilt. Alle drei Karten sind vorchriftsgemäß auszufüllen und an den Hauseigentümer abzuliefern, bei dem sie durch die Schutzmannschaft wieder abgeholt werden. Wer keine Karte erhalten hat, melde dies sofort auf dem Bürgermeisteramt. Es geht nicht an, abzuwarten, bis vielleicht der Hauseigentümer reklamiert, sondern vergewissere sich jeder Wähler und jede Wählerin selbst, ob die Eintragung in die Wählerliste erfolgt ist. Wer keine Karte erhalten hat, ist nicht eingetragener. Darum bewirkt eure Eintragung, wenn ihr am Wahltag vor Unannehmlichkeiten bewahrt sein wollt.

#### Rauswurf

Die Einwohner der Oststadt wurden am Samstag nachmittag durch eine ruchlose Tat in große Aufregung versetzt. Der weizeren Kreisen bekannte, in der Georg-Friedrichstraße Nr. 2 wohnende prakt. Arzt Dr. Witz ist das Opfer eines Mordanschlags geworden. Wie man hört, hatte der Genannte die Gewohnheit, nach dem Tisch ein Mittagsschläfchen zu machen und dabei die Glastüre offen zu lassen, damit die Patienten ins Wartezimmer eintreten können. Während er nun schlafend auf dem Sofa lag, wurde er von dem Täter oder den Tätern etwa um 1/3 Uhr überfallen und durch Hammerschläge auf den Kopf aufs schwerste verletzt. Blutüberströmte hatte er aber noch die Kraft, die Glastüre abzuschließen und eine Treppe tiefer in den Laden zu laufen, wo er jedoch nur noch wenige Worte sprechen konnte und bald bewußtlos wurde. Es wurde die Polizei benachrichtigt und nach dem Krankenauto telephoniert. Ein rasch herbeigerufener Arzt legte einen Notverband an und in bewußtlosen Zustande wurde der Bedauernswerte ins städt. Krankenhaus verbracht und sofort operiert. Es war aber nicht mehr zu helfen, da die Schädeldede vollkommen getrimmert war. Abends 8 Uhr trat der Tod ein.

Dr. Witz hatte als Vertreter der Naturheilmethode und der Homöopathie eine große Praxis und galt als sehr wohlhabender Einzelgänger. Da er seine Wohnung allein bewohnte — er war zwar seit einem Jahre verheiratet, lebte aber von seiner Frau getrennt — hatte der Täter leichte Arbeit. Zweifellos hoffte derselbe eine größere Summe zu ergattern. Wie man hört, sollen aber nur wenige tausend Mark geraubt sein. Genauer über den ganzen Vorgang hat sich bis jetzt noch nicht herausgestellt, sodaß also die eingehende Untersuchung abzuwarten ist. Der Täterhaft verdächtig sind ein 30-35 Jahre alter Mann (mittelgroß, schlank, blond, kleines Schnurrbartchen, mageres blaßes Gesicht, aschgrauer Anzug, dunkle Taifschwärze), sowie ein 40-45 Jahre alte Frau (mittelgroß, unterseht, rundes volles Gesicht, breite Nase, schwarzes Kleid, schwarzer Hut). Auf die Ermittlung der Verbrecher hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Da der Ermordete auch Landwundhaft behandelt, ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Täter auch vom Lande sein können.

#### Die Angestellten und die Feuerung

Am Freitag abend den 16. September hat im überfüllten Saal des „Friedrichshofes“ eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Versammlung stattgefunden. In derselben erstattete die Geschäftsleitung Bericht über die Feuerungsverhandlungen, die mit den Vertretern der Industrie, sowohl wie mit den Arbeitgeberverbänden des Groß- und Kleinhandels stattgefunden haben. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß weder der Groß- und Kleinhandel noch die Industrie den dringend notwendigen Ausgleich gegenüber der Feuerung bewilligt haben. Obwohl bei allen Teilen die feste Ueberzeugung besteht, daß bei dem verhältnismäßig günstigen Geschäftsgang die Arbeitgeber in der Lage wären, ihren Angestellten diesen Ausgleich zu gewähren, haben Sie sich doch nicht entschließen können, annehmbare Zugeständnisse zu machen, sodaß der Schlichtungsausschuß angeregt werden mußte. In der Versammlung wurde diese mangelnde soziale Einsicht kritisiert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeitgeber sehr wohl ohne Schlichtungsausschuß weitergehende Zugeständnisse hätten machen müssen.

schon deshalb, weil sie bei jeder Gelegenheit erklären, daß sie volles Verständnis gegenüber ihren Angestellten haben. Die Versammlung erklärte, fest hinter ihren Führern zu stehen und alle die Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sind, um das notwendige Existenzminimum zu erreichen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saal des Hotels „Friedrichshof“ stattgefundenen Ueberaus stark besuchte Versammlung der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten haben von dem Angebot der Arbeitgeber des Groß- und Kleinhandels und der Industrie Kenntnis genommen. In Anbetracht der außerordentlichen Feuerung, an der die Angestellten keine Schuld tragen, fordern sie, daß an den maßvoll aufgestellten Forderungen festgehalten wird und beauftragen die Verbandsleitung, wenn dies auf dem Wege der Vereinbarung nicht zu erreichen ist, alle gesetzlichen Maßnahmen zur Durchführung der aufgestellten Forderungen zu ergreifen.“

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Der Stadtrat hat den weiteren Einbau von 54 Wohnungen im Gebäude der ehemaligen Telegraphenkaerne mit einem Gesamtaufwand von 1 500 000 M. beschlossen, der aus dem vom Bürgerausschuß bewilligten Kredit für Wohnungsbau bestritten werden soll.

Kindereziehung und Arbeitsfrage. Ueber dieses wichtige Kapitel findet heute abends 8 Uhr ein Vortrag statt im Handarbeitsaal der Hebelstraße. Arbeiterfrauen und Arbeiter erscheinen zahlreich. Der Vortrag wird veranstaltet vom Arbeiterabstinenzbund. Eintritt frei! Die Frauensektion des sozialdemokratischen Vereines machen wir besonders auf den Vortrag aufmerksam mit der Bitte um zahlreichem Besuch.

Erhöhung der Straßensahntarife. Da der Bürgerausschuß der Tarifierhöhung seine Zustimmung gegeben, sind die erhöhten Fahrpreise seit gestern in Kraft getreten.

Verknüpfungstafeln des Rathauses. Im Interesse der Raumverschönerung der nun in würdiger Weise wieder inhandgelegten Vorhalle des Rathauses sollen die Verknüpfungstafeln (für Eheaufgebote und sonstige amtliche Bekanntmachungen) dort entfernt und künftig im Flur beim südlichen Rathauseingang (Ecke Marktplatz und Hebelstraße) angebracht werden.

Der Herbstwoche. Zu der vom 25. September bis 8. Oktober hier stattfindenden Herbstwoche sind auch verschiedene Tiersehauen und Märkte vorgesehen und zwar neben einem Hauptmarkt für Rast, Kuh- und Zuchtwieh, Ferkel und Pferde, wird der habsische Verein für Geflügelzucht in Karlsruhe am 25. und 26. September in der Weithalle der ehemaligen Artilleriekaserne in Gottesau einen Geflügelmarkt abhalten. Marktleiter sind die Herren: Bauvorsteher des 2. Gaus, Oberleutnant Rüdiger, Büchsenbrunn, Tierzuchtspekter Vetter von der Landwirtschaftskammer, sowie die Herren Langenstein und Jünger vom Geflügelzuchtverein.

Wüstelschau. Unter der Leitung des Architekten Prof. Fritz Spannagel von der Badischen Landesmusikschule geben die Vorbereitungen und der Ausbau der Stadt, Ausstellungshalle für die Badische Wüstelschau gut voran. Schreiner, Maler, Tapezierer und Elektrotechniker arbeiten sich in die Hände. Die meisten Räume sind tapetiert oder mit Leinwandbehang versehen, die Bilder und Edelsteinen sind angebracht und die Anschriften der einzelnen Firmen aufgemalt, so daß mit der Einrichtung der einzelnen Zimmer begonnen werden kann. Es dürfte deshalb diese Ausstellung eine der interessantesten der diesjährigen Karlsruher Herbstwoche darstellen.

Küadgang der Weinpreise in Württemberg. Die Ausflügen auf eine gute Weinernie haben auch in Württemberg zu einem Küadgang der Weinpreise geführt. In den Stuttgarter Wirtschaften beträgt der Küadslag durchschnittlich etwa 50 %, beim Viertelliter, in einzelnen Fällen sogar bis zu einer Mark. — Und in Karlsruhe?

Ein seltenes astronomisches Ereignis. Der nächste Monat (Oktober) bringt uns zweimal Neumond, und zwar am 1. und 31. Oktober. Ein alter Spruch sagt, daß beim Eintritt eines solchen Ereignisses die Mäuse daraufgehen. Darüber wird sicherlich niemand erhört sein, da wir an solchen Schädlingen heuer Ueberfluß haben.

Große Ausschreitungen. In angetrunkenem Zustand schlug am Donnerstag nach 11 Uhr ein Tagelöhner aus Durlach auf der Kaiserstraße ohne jeden Grund einem Vorübergehenden mit der Faust ins Gesicht. Dem einschreitenden Polizeibeamten leistete er heftigen Widerstand, indem er ebenfalls auf ihn einschlug. Während seines Transports auf die Polizeiwache wurde er durch einen Heizer aus Durlach, der ebenfalls tätlich gegen den Polizeibeamten vorging, befreit. Hierauf zertrümmerte er mit der Faust an einem vorbeifahrenden Straßenbahnwagen eine Scheibe im Werte von 200 M. und zog sich dabei so erhebliche Schnittwunden am Handgelenk zu, daß er mittelst Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht werden mußte; der Heizer wurde festgenommen und nach der Polizeiwache verbracht.

**Vereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen 1.50 die Zeile Bei 1.50 die Zeile  
Übergangungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.  
Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute Montag abend wegen Stiftungsfeier Turnerschaft im Lokal. 8068

**Dr. Bahr's Zahnpulver, No 23** vom Zahnarzt verordnet, daher in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien. In Karlsruhe: Drogerie C. Roth, Hornenstraße 26/28, Drogerie R. W. Lang, Kaiserstraße 24, Drogerie W. Tschornig, Amalienstraße 19.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Theodor Schneider von hier, Gärtner hier, mit Nina Jenn von hier. Friedrich Schenkel von Wertheim, Schulm. hier, mit Emilie Götz Witwe von Wildbad. Georg Kirchhöfer von Zainbach, Zigarrenmacher hier, mit Marie Frey Witwe von Loffenau. Adolf Wipps von Diebelsheim, Schreiner hier, mit Sophie Köhler von Bretten. Gottlob Braun von Sternfels, Metzger hier, mit Katha Schiffauer von hier. Julius Janger von Friesenheim, Arbeiter hier, mit Nina Jür von Elbing. Friedrich Schneider von hier, Präfurist hier, mit Nina Jieg von hier. Leopold Köffel von hier, Eisenb.-Obersekt. hier, mit Alice Baumann von hier.

Todesfälle. Elise Haas, alt 86 Jahre, Witwe von Karl Haas, Gutsbesitzer. Andreas Döringer, Kürschner, Witwer, alt 67 Jahre. Frz. Jos. Schopf, Schreiner, Ehemann, alt 67 Jahre. Karolina Weiß, alt 64 Jahre, Ehefrau von Frsch. Weiß, Hausmeister.



# Zuban Zigaretten

nur aus reinen edlen Orienttabaken



# Jugend \* Wandern \* Spiel \* Sport

## Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Die gestrigen Spiele waren durch den Regen und der dadurch hervorgerufenen schlechten Bodenverhältnisse sehr beeinträchtigt. Die Resultate sind:

Sonderklasse, 1. Gruppe: Fr. T. Karlsruhe — Fr. T. Hagsfeld 1. Mannsch. 5:1, 2. Mannsch. 0:1, 3. Mannsch. 1:2. (Bestes Spiel wurde abgebrochen.)

„Union“ Karlsruhe — Arb.-Sp. T. Karlsruhe 1. Mannsch. 0:7, 2. Mannsch. 2:2.

Sonderklasse, 2. Gruppe: H.C. „Memanntia“ Wiltferdingen — „Bühnfrei“ Griesingen 1. Mannsch. 1:1 (1:0), 2. Mannsch. 5:2 (2:1).

Brötlingen — Kleinsteinhach 1. Mannsch. 0:4, 2. Mannsch. 4:0.

Klasse A, 3. Gruppe: Fr. T. Miesch — Fr. T. Knittlingen 4:1 (0:2). Das Spiel war ruhig und auf beachtenswerter technischer Höhe.

Arb.-Sp. M. Egenstein — Fr. T. Unterwisheim 7:1.  
Arb.-Sp. M. Bruchsal — Arb.-T. u. Sp. T. Weiertheim 1. Mannsch. 0:2, 2. Mannsch. 0:0.

Fr. T. Sulach — Blantenloch 0:0.  
Sulach II — Röhrrud 11 3:3.

Klasse B, 4. Gruppe: Sp. M. Memanntia Reichenbach — Fr. T. Hohenwetterbad 1. Mannsch. 0:7 (0:2), 2. Mannsch. 2:0 (0:0). Bei der 1. Mannsch. starkes Spiel.

Privatspiel: Arb.-T. u. Sp. T. Weiertheim — Fr. T. Ettlingen 0:3.

## Weitere Sportveranstaltungen

Eigenspiel 1. M. Germania — F. T. T. 2:1. 1. F. C. Pforsheim — G. T. Karlsruhe 1:0 (Wegen Regen abgebrochen.) 2. F. T. Pforsheim — Sportklub Freiburg 2:0. Sportklub Pforsheim — F. T. Weiertheim 2:4. 2. M. Wiltferdingen — F. T. Lörach 4:3. Rhein. Karlsruhe — F. T. Wiltferdingen 1:1. F. T. Germania Brötlingen — Frankonia Karlsruhe 4:0. F. T. Freiburg — F. T. Lörach 5:0.

## Arbeiter-Jugend! Wohin?

Für den jungen Menschen sind folgende Fragen sehr wichtig: Welcher Organisation schlicke ich mich an? Wie nütze ich

meine freie Zeit? Was tue ich zu meinem Vorwärtkommen? Wie fühle ich Körper und Geist? Wie komme ich zur rechten Erkenntnis dessen, was mir und meinen Volksgenossen not tut?

Und gerade hier liebe proletarische Jugend, heißt es das Rechte vom Falschen zu unterscheiden. Sehr viel Schönes weiß man euch zu sagen, mit verlockenden Schilderungen eure jugendliche Begeisterung zu entzünden. Und mancher von euch wird diesen Ruf folgen. Man wird große Sorgfalt darauf verwenden, euch in den betreffenden Organisationen zu halten. Geschickt weiß man mit eurer Freude an buntem Spiel, an freier Betätigung usw. zu rechnen. Doch — Augen offen! Leber kurz oder lang wird es euch klar werden, daß alle schönen Worte eben nur Worte waren, daß es nur darauf ankommt, euch über eure Lage und das für euch notwendige hinwegzutäuschen. Aber bis dahin könnt ihr die lustbarsten Jahre verlieren!

Darum treten wir vor euch als eure Kameraden als die, die schon etwas länger draußen stehen, als organisierte Arbeiterjugend!

Nicht mit schönen Worten, nur mit der schlichten Bitte, uns ein wenig zu folgen in unsere Arbeit; dann sollt ihr selbst urteilen.

Die Abendstunden gestalten uns, frei zu sein, da wir tagsüber in Werkstätten und Büros, in Fabriken und auf der Straße unsere Pflicht erfüllt haben. Wir eilen ins Jugendheim. Eine fröhliche Schaar von Burtschen und Mädchen umgibt uns, mit allen sind wir gleich vertraut und auf bestem Fuße; denn bei uns kennen wir keine „getrennte“ Erziehung. Gemeinsam als Freundinnen und Freunde wollen wir Spiel und Ernst miteinander teilen, zu süßlich hohen Menschen heranzuführen, da wir später ja doch große gemeinsame Pflichten in Leben und Staat, Haus und Familie zu tragen haben.

Es ist ein Unterhaltungsabend. Mit den wunderschönen Reigenpielen, Volkstänzen, vertreiben wir uns die Zeit, wecheln mit Liedern, Gedichten und musikalischen Vorträgen. Solche Stunden der Freude müssen sein und heben über viele glatte Stunden des Alltags hinaus. Nicht immer aber gehört der Abend der Erheiterung; ein andermal heißt es lernen! Vorträge führen uns in Natur und Kunst, in Lebens- und Sozialfragen. Und wie prächtig gestaltet sich das Leben im Sommer! Da geht es hinaus in der Woche zu Rasenplätzen, an Sonntagen „auf Fahrt“, wo der Fuß beim klaren frischen Badeseele der rhythmisch dahineilt, die Brust sich weitet in herrlicher Luft,

und die Augen Sonne und Schönheit trinken. Soll ich noch länger darüber sprechen? Körper und Geist erstarren zum Kampf, den wir zu führen haben! Denn auch der ist etwas dringend Nötiges. Wir sind junge Arbeiter! Uns drücken Fron und Ausbeutung, wie unsere Eltern durch sie gedrückt werden. Darum — Kampf, klare Erkenntnis dessen, worauf es ankommt, offenes Bekenntnis zum Sozialismus, der Ordnung, die uns wieder gestalten wird, Menschen zu sein. Sozialist sein heißt Mensch sein. Hier liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit! Und allen rufen wir zu:

Noch liegt ihr in des Glucks Wonn,  
Vernehm den Ruf, schließe euch an.  
Aus Qual und Leid euch zu erheben,  
Das ist das Ziel, das wir erstreben.

Und nun, junger Proletarier, Arbeiter und Arbeiterinnen der Hand und des Geistes, nun legt euch nochmals die Fragen vor, die am Anfang dieser Zeilen stehen. Und dann urteilt! Das Ergebnis dürfte nicht schwer sein. Kommt zu uns, stärkt unsere Reihen, arbeitet und kämpft mit uns für eine bessere Zukunft.

## Sinein in den Arbeiterjugendverein!

## Eine Zeitschrift der Arbeiter-Jugend Internationale

Am 1. Oktober wird die erste Nummer der neuen Monatschrift der Arbeiter-Jugend-Internationale „Die Arbeiter-Jugend-Internationale“ erscheinen. Sie wird für alle Gebiete der Arbeit in der internationalen sozialistischen Jugendarbeit Anregungen geben, über den Stand der Organisationen in den angeschlossenen Ländern berichten und für den engeren Zusammenhang der Internationalen angehörenden Organisationen und ihrer Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung wirken. Die Zeitschrift kann schon jetzt für Deutschland beim Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bestellt werden. Der Abonnementpreis beträgt pro Jahr und Exemplar 12 M. Die Organisationen erhalten bei Abnahme mehrerer Exemplare Preisermäßigungen. Bei der Bestellung ist der Betrag von 3 M für das 4. Quartal 1921 auf das Postfachkonto August u. August, Berlin 77 386, einzuzahlen.

b. Schlägerei. In einer Wirtschaft der Kronenstr. 164 am Freitagabend ein lediger Gärtner von hier einem Tagelöhner ein Bierglas auf den Kopf und verlegte ihn erheblich. Nach Verlassen der Wirtschaft wurde der Gärtner von 3 Arbeitern in der Brunnenstr. durch Schläge auf den Kopf und ins Gesicht ebenfalls erheblich verletzt, nach Anlegung eines Notverbandes auf der Holzwaage Mendelsplatz erlitt er einen Schlaganfall, sodas seine Verbringung nach dem Krankenhauses erforderlich wurde. Am Mittwochabend schlug ein Hilfsarbeiter einen verheirateten Tagelöhner mit einem Krügel auf den Kopf und verlegte ihn erheblich. Hierauf verlegte der Verletzte seinem Angreifer vier Schläge in die rechte Schläfe und in den linken Oberarm. Auch die Verletzungen des letzteren sind schwer.

Die Versorgung der Kriegswitwen. Wir werden ersucht, auch an dieser Stelle auf die Versammlung des Intern. Bundes der Kriegswitwen am Donnerstag, 22. Sept., abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ hinzuweisen. Alles Nähere ist aus dem Inserat der heutigen Nummer zu ersehen.

— Gastspiel des Kassentheaters. Das Original-Oberbayerische Bauerntheater (Kassentheater) wird in der kommenden Woche am Donnerstag hier im Apollotheater gastieren. Das Theater, das mit seinen echten bayerischen Kräften und seiner eigenen Hauskapelle eines der tüchtigsten derzeit reisenden Bauerntheater ist, gastierte schon in den größten Städten des In- und Auslandes. Es hat bis jetzt überall großen Anklang gefunden und wird sicher auch in Karlsruhe Freunde seiner Kunst gewinnen.

Die „Bereinigten Eisenfabriken L. O. Nürnberg“ geben folgende interessante Auffklärung: Vor dem Kriege haben wir sämtliche pfennikehenden Länder mit unseren Waren-Preisen versorgt, jedoch ohne unsere Schutzmarke aufzustempeln, denn wenn der Ausländer gewußt hätte, daß dieselbe „deutscher“ wäre, hätte er die Ware nicht gekauft. Deshalb kamen dann aus all diesen Ländern unsere Waren wieder nach Deutschland zurück, und erreichten sich als Auslandswaren unter dem Deckmantel des von unseren ausländischen Kunden aufgeprägten Stempels größter Anklang. Heute verbietet uns das ehemalige feindliche Ausland durch andelnde Schutzmarke unsere Waren zu exportieren, dagegen ist unter mancherlei Land- und Gewerkschaften, unseren einheimischen Markt zum Teil mit minderwertigen, aber sehr teuren ausländischen Waren überflutet worden, die trotz aller Schmach, die wir von ehemaligen Feindbänden erdulden, unglücklicher Weise immer noch gekauft werden. — Darum richten wir an unsere Ränder diese Auffklärung mit der Bitte: Unterstützt deutsche Arbeit! Wecht fremdes Habgat zurück und bestrebt darauf, unsere vollwertigen, garantierten Waren-Preisen zu erhalten.

## Valuta-Bericht vom 17. September

Auszahlung Holland notierte 32,58 M. per 100 fl. Gulden; Schweiz notierte 17,41 M. per 100 Fr.; England notierte 358 M. per 100 £. Sterl.; Frankreich notierte 7,35 M. per 100 Fr.; Rußland notierte 100,50 M. per 100 Rubel.

## Wasserstand des Rheins

Schweinfurt 100, gef. 2; Rehl 171, gef. 15; Mainz 345, gef. 3; Mannheim 220, gef. 5 Zentimeter.

## Kleine badische Chronik

\* Susenbach b. Ettlingen, 17. Sept. Beim Holzverladen fiel dem 20 Jahre alten August Weber ein Baumstamm auf den Kopf, wodurch er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Ob er mit dem Leben davonkommt ist fraglich.

\* Aufschuß b. Pforsheim, 17. Sept. Der 21 Jahre alte Sohn des Landwirts Karl Rorkod kam beim Tobakpflücken der elektrischen Hausleitung zu nahe und wurde durch einen elektrischen Schlag getötet. Fast um die gleiche Stunde hatte der elektrische Strom hier ein ähnliches Unglück verursacht.

\* Heilbronn, 17. Sept. Sturm auf die Polizeiwache. In der vergangenen Nacht verübten im Stadtteil Kirchheim halbnackte Burschen ruhestörenden Lärm. Einer der Hauptstörer wurde von der Polizei festgenommen und auf die Wache verbracht. Darauf kümmerten die übrigen Radautmacher die Polizeiwache und bestreuten den Arrestanten. Der Bande gelang es, zu entkommen.

\* Freiburg, 17. Sept. Vor einigen Tagen wurde hier ein 34jähriger Knabe aus Hochpfeffer festgenommen, den man des Nordverjuds beschuldigt. Im Auftrag einer Frau, die mit ihrem Manne in Scheidung lebte, ließ sich der Knabe nach Tri-

tianischer Praxis gegen Bezahlung von einigen hundert Mark dazu verleiten, den Gehmann der Betroffenen mit dem Messer zu befeigen. Er erweichte aber den Falschen und verlegte diesen durch Messerschlag erheblich am Arm, ohne ihn tödlich zu treffen. Der Vorgang soll sich schon vor ungefähr einem Jahre in Konstanz abgespielt haben.

\* Freiburg, 16. Sept. Die Polizeistunde ist für sämtliche Lokale der Stadt einheitlich auf 12 Uhr nachts festgesetzt worden. — Die Freiburgster Straßenbahn erzielte im Monat August eine Einnahme von 355 201 M gegen 365 413 M im gleichen Monat des Vorjahres.

\* Kleine Mitteilungen. Der Landwirt Anton Koch aus Billoch bei Gamsdorf wurde von einem Fuhrwerk überfahren und starb an den Folgen dieses Unfalles. — In Reipoldsweiler bei Engen ist das Anwesen der Witwe Ludwig St. niedergebrannt. — Der Sohn des Zimmermeisters Richard Nauß in Jopingen ist jetzt aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrt.

\* Marktbericht. Auf dem Karlsruher Wochenmarkt waren aufgeführt: 10 St. Äpfel, Preis pro Paar 450—1100 M, 400 Äpfel, das Paar 80—300 M. — Auf dem Markt kostete das Pfund Butter 90 M, Trichter das St. 240 M. — Auf dem Viehmarkt in Singen wurden aufgeführt: 110 Milchschweine und Läufer; der Verkaufspreis pro St. betrug 125—150 M. Der Preis für das Großpferd, von dem 37 St. aufgeführt waren, betrug pro St. 6400—11 000 M pro St.

## Letzte Nachrichten

### Zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen

21. Paris, 17. Sept. In der Frage der Sanktionen vertritt das „Journal“ eine offizielle, öffentlichkeitliche, die folgende Haltung: Am 14. August hatte der Oberste Rat beschlossen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen am 15. Sept. aufgehoben werden sollen, unter der Bedingung, daß am 31. August eine Goldmilchnote ausgegeben sei, und daß sich die deutsche Regierung bereit erkläre, die Währungsfrage einer internationalen Organisation vorzunehmen, die damit beauftragt wäre, die deutsche Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren. Die Goldmilchnote ist ausgegeben, aber der Schaffung einer internationalen Organisation, wie sie von Obersten Rat vorgezeichnet war, hat die deutsche Regierung noch nicht zugestimmt. Wohl hat sie am 26. August an die französische Regierung eine Note geschickt, in der sie sich bereit erklärt, diese Organisation anzuerkennen. Die Note hat schriftlich auf diese Note geantwortet: er habe jedoch gleich Dr. Mayer, dem deutschen Botschafter in Paris, mitgeteilt, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen der formellen und vorbehaltenen Annahme der internationalen Organisation unterworfen sei. Diese Annahme war bis zum 15. Sept. noch nicht in Paris angekommen; infolgedessen sind die Sanktionen an diesem Tag noch nicht aufgehoben worden. Das „Journal“ fügt hinzu, es glaube zu wissen, daß die Besprechungen über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen noch andauern werden.

### Die Auffassung in Berlin

Berlin, 17. Sept. Wie von gut unterrichteter Seite erklärt wird, liegen der Reichsregierung in der Frage der Aufhebung der Sanktionen zurzeit verschiedene Vor- und Nachteile im Sinne der Reichsregierung zuzufinden. Die Lösung dieser Frage erhoffen lassen. Bisher war es leider nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen, weshalb auch die Aufhebung der Sanktionen bis zum 15. September nicht möglich war. Die Schuld hieran liegt vor allem an dem verfehlenden Verhalten der Entente. Es kann sich jedoch nur um einen Aufschub des Termins um Tage handeln, da für eine Verlängerung des unerträglichen und schädlichen Zustandes jede Rechtsgrundlage fehlen würde.

### Reichsminister Dr. Gradnauer zur inneren Lage

Berlin, 17. Sept. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, in der dieser u. a. sagte: Die deutsche Regierung hat sich mit zwei Gefahren zu beschäftigen, dem Sozialismus und dem Anarchismus. Der Sozialismus kann im Reich noch lokale Ausflüsse und Beunruhigungen hervorruhen. Es scheint aber, daß er viel von seiner Anziehungskraft verliert hat. Wegen der monarchistischen Gefahr hingegen muß die Regie-

rung sehr wachsam sein. Unglücklicherweise verkörpert die sehr ernsten Schwierigkeiten unserer auswärtigen Lage unfernen Gegnern ein sehr starkes Argument. Sie werfen der Berliner Regierung vor, daß sie keinen Erfolg auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auf ihr Altium schreiben könne. Friend hat eines Tages erklärt: „Wenn wir der deutschen Demokratie das Leben zu hart machen, dann werden wir Gefahr laufen, auf der anderen Seite des Rheines ein Wiederaufkommen des Anarchismus hervorzurufen.“ Das ist die volle Wahrheit. Ich begreife, daß unsere zahlreichen monarchistischen Ausgebungen Frankreich beunruhigen. Aber diese Situation, die übrigens offensichtlich ist, würde bald verschwinden, wenn die Entente nicht auf indirekte Weise so viel Öl ins Feuer gießt. Wie oft erlaubt die Entente der Presse der Rechten, die öffentliche Meinung zu entflammen nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die Demokratie, die sie Schwäche vorwirft. War das nicht ein Irrtum von Ihrer Seite, nach der Annahme des Ultimatums die Zwangsmassnahmen aufrechtzuerhalten? Aber die ernste und brennendste Frage für Deutschland ist die oberste: Welche Partei haben wir? Wir haben zweifelsfrei festgestellt, mit welcher Angst die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen die Entscheidung des Völkerbundes erwartet. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der deutschen Kultur und der deutschen Industrie verdankt, nicht Deutschland verlassen würde, dann könnten wir einen neuen Kurs nach rechts nicht vermeiden. Glücklicherweise sind sich die Parteien von den Linkskadikalen bis zu den Altdeutschen darüber einig, den Bogen nicht allseitig zu spannen. Ich habe mit Vertretern der Deutschnationalen Partei eine Unterredung gehabt. Sie haben mir versprochen, ihre Parteigruppen zur Mäßigung aufzufordern. Die Kommunisten haben das Gleiche getan. Das sind günstige Anzeichen und ich neige daher auch dazu, zu glauben, daß wir in eine Zeit politischer Beruhigung kommen werden, die es Deutschland gestattet wird, sich durch die Arbeit wieder zu erholen und seinen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nachzukommen.

### 200 000 Mark für den Kopf der Erberger-Mörder

Berlin, 18. Sept. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Mörder des Abg. Erberger nunmehr festgesetzt, aber noch nicht ergriffen sind, die ausgesetzte Belohnung von 100 000 M auf 200 000 M erhöht. Zuständig für die Verteilung sind die badischen Landesbehörden.

21. Dvran, 18. Sept. Jeder die Entdeckung der Spur der Erbergermörder wird mitgeteilt, daß ein im „Dixhorn“ hier beschäftigtiges Mädchen meldete, es habe beobachtet, wie zwei Götter Schriftstücke zerrissen und in einen Bach geworfen hatten. Der Bach wurde abgelassen und die hier sowie auf einem Mühlweien liegenden Stücker gesammelt. Da es sich um Briefe handelte, hatte man die richtige Adresse der Mörder gefunden.

### Eine englische Stimme für Aufhebung der Sanktionen

London, 16. Sept. Die Mitteilung der deutschen Regierung, wonin die alliierten Regierungen für die ersten wirtschaftlichen Folgen der Beibehaltung der Sanktionen nach dem 15. September verantwortlich gemacht werden, findet in der Abendpresse die größte Beachtung. „Westminster Gazette“ schreibt: „Deutschland hat die Reparationsbedingungen angenommen und führt sie durch. Die Alliierten würden Deutschland niemals die Sanktionen für einen so geringfügigen Zweck auferlegt haben, wie er in der Mitteilung des französischen Außenministeriums einsehendergesetzt wird. Es ist notwendig, daß man in England erfährt, bis zu welchem Maß die britische Regierung auf den Beschluß der französischen Regierung die Sanktionen beibehalten, einsteht und wie die Vermeidung einer einfachen Maßnahme der Gerechtigkeit Deutschland gegenüber beiseite gelassen werden kann. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen, nachdem Deutschland die Reparationsbedingungen angenommen hat, würde der deutschen Regierung ernsten Schaden zufügen. Dabei hängt von der augenblicklichen deutschen Regierung die Tätigkeit Europas ab. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß die Sanktionen rasch beseitigt werden.“

Schriftleitung: Georg Schöfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Leberlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabe; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

